

## Kurzvergleich Grundeinkommensmodelle, LAK Wirtschaft und Finanzen, 21.09.2007

### Zusammenfassung:

Die Problemanalyse und Argumente für das Grundeinkommen sind sich im wesentlichen sehr ähnlich, unterscheiden sich aber in Nuancen je nach weltanschaulicher Ausrichtung bei den Schwerpunkten "soziale Komponente" und "Einbindung in eine sozialstaatliche Gesamtkonzeption" (hier sind das Modell Emmler/Poreski und das BDKJ- Modell sehr stark) und hinsichtlich der Frage was unter „freier Selbstentfaltung des Einzelnen“ verstanden wird. Hier stehen das BDKJ-Modell mit einer Arbeitspflicht und das FDP-Modell mit Rechtfertigungspflicht den anderen Modellen gegenüber.

Gerade was die Finanzierung betrifft ist das Modell Emmler/Poreski wohl mit am besten ausgearbeitet, beim Modell Götz Werner, der eine alleinige Finanzierung über eine erhebliche Erhöhung der Konsumsteuern anstrebt, erscheint die Finanzierung diskussionsbedürftig.

Interessant ist auch die Umverteilungswirkung und die Wirkung auf die Situation von Familien, die durch die Zahlung des Grundeinkommens entsteht. Bei Götz Werner, der die genaue Höhe der Konsumsteuern wenig präzisiert, lässt sich diese kaum abschätzen, erscheint aber zuungunsten von Geringverdienern zu laufen, da diese den größten Anteil von ihrem Einkommen als Konsumsteuern entrichten, beim Modell Emmler/Poreski gibt es eine klare Umverteilung in untere und mittlere Einkommensbereiche, was im untersten Bereich z.T. Nettolohnerhöhungen von 30% bedeutet und alle Verdiener von bis zu 4000 Euro gegenüber jetzt besser stellt. Das Modell Althaus hat eine geringere Verteilungswirkung nach unten da im Bereich bis zu 1600 Euro das Einkommen mit dem Grundeinkommen verrechnet wird und über 1600 Euro das Einkommen nur noch zu 25% versteuert werden muss (im Gegensatz zum Modell Poreski/ Emmler, wo das Grundeinkommen steuerfrei bleibt und jede zusätzliche Einkommen auch über 1600 Euro mit 50% versteuert werden muss).

Besonders beachtenswert ist auch noch ein Konzeptentwurf von Gerhard Schick (MdB/Bündnis 90/DIE GRÜNEN) der erstmalig versucht Einwände und Vorschläge aufzunehmen und einen pragmatischen Plan zur konkreten, stufenweisen Umsetzung liefert. Siehe dazu auch:

<http://www.gerhardschick.net/images/stories/modularesgrundeinkommen.pdf>

Links zu allen Modellen unter:

[http://www.boell.de/downloads/arbeit/ueberblick\\_modelle.pdf](http://www.boell.de/downloads/arbeit/ueberblick_modelle.pdf)

Für weitere Informationen zu anderen Themenbereichen (z.B. Grundkonzept grüner Wirtschaftspolitik, Mindestlöhne, Bildung und Wirtschaft, Grüne und kleine und mittelständische Unternehmen, Wachstum und Ökologie) steht der LAK Wirtschaft und Finanzen gerne zur Verfügung bzw. nimmt evtl. auch gerne an Veranstaltungen vor Ort teil.

### Kurzvergleich der Modelle:

#### Problemanalyse, Vision und gewünschte Effekte

##### Modell Emmler/Poreski (Grüne):

Finanzierungskrise der Sozialsysteme und hohe Arbeitslosigkeit, hohe Lohnnebenkosten, niedrige Nettolöhne insbes. in unteren Einkommensgruppen, sozialer Abstieg auch in den Mittelsschichten, keine ausreichende Absicherung aller Lebenslagen, kompliziertes, bürokratisches und intransparentes Steuer- und Transfersystem. Vision: sozialer, libertärer Anspruch, ökonomisch sinnvoll, sozial nachhaltig und transparent, massiver Bürokratieabbau und Überwindung sozialer Spaltungstendenzen und Stigmatisierung Arbeitsloser, Abdeckung des soziokulturellen Existenzminimums aber bezahlbar, ökonomische Anreize zur Arbeit, für mittelständische Unternehmen attraktiv, muss soziale Dienstleistungen gewährleisten

##### Götz Werner:

Empfänger werden nicht weiterhin zu Bittstellern degradiert, jeder hat den Freiraum, den er braucht, um seine Fähigkeiten in die Gemeinschaft einzubringen, bisher kapseln sich viele ab, werden phlegmatisch oder suchen sich Bestätigung anderswo, z.B. in der Gewalt, Menschen sollen nur noch arbeiten, mit dem Ziel ihre Erfüllung zu finden und ihren Platz da finden, wo sie den sinnvollsten Beitrag für die

## **Kurzvergleich Grundeinkommensmodelle, LAK Wirtschaft und Finanzen, 21.09.2007**

Gesellschaft leisten können, Studenten können das Studienfach z.B. nach der Begabung wählen, der gemeinnützige Bereich wird gestärkt, die Stellung der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern wird verbessert, die Produktivität der Wirtschaft nimmt zu, aufgrund der neuen Art der Besteuerung (nur Konsumsteuern) lohnt sich Leistung wieder, da Arbeit dadurch billiger wird entstehen neue Jobs.

### **Althaus (CDU):**

Die Würde des Menschen verlangt, dass jeder soviel bekommt, wie er für ein menschenwürdiges Dasein braucht, mindestens 1,5 Mio. Menschen, die Anspruch auf staatl. Leistungen haben, nehmen diese aufgrund der Angst vor Stigmatisierung nicht in Anspruch, viele weitere Mio. Menschen arbeiten und erhalten dafür keine existenzsichernden Löhne, andere erhaltenen Leistungen, die sie gar nicht benötigen, die Kosten der Sozialsystem werden den kommenden 20 bis 30 Jahren deutlich zunehmen, die aktuellen Sozialsysteme werden am demographischen Wandel scheitern, mehr Eigenverantwortung der Bürger setzt Vertrauen voraus, ein flexibler, deregulierter Arbeitsmarkt, ein leistungsfreundliches, gerechtes, transparentes und einfaches Steuerrecht, findet dann Akzeptanz, wenn es aufgrund sozialer Verlässlichkeit als Chance und nicht als Bedrohung empfunden wird.

### **BDKJ:**

Zukunftsfähige Gestaltung des Sozialsystems, angesichts von Massenarbeitslosigkeit, der Orientierung von Frauen auf Familie und Beruf, dem demographischen Wandel und den Effekten der Globalisierung, Abwendung des Armutrisikos insbes. von Jugendlichen und Familien, Orientierung der Gesellschaft nicht nur an Erwerbsarbeit

### **FDP:**

Probleme des Sozialstaates: Massenarbeitslosigkeit, schlechte Wiedereingliederung von Arbeitslosen, Inflexibilität des Arbeitsmarktes, keine Öffnung der Tarife nach unten, schlechte Rahmenbedingungen für Unternehmen, zu hohe Lohnnebenkosten, keine ausreichende Nutzung der Beschäftigungschancen im Gesundheitssektor, zu viel Bürokratie

Vision: Selbstbestimmtes Leben ohne Armut für alle Bürger, Hilfen durch den Staat für Hilfe zur Selbsthilfe, jeder Bürger muss durch Arbeit ein höheres Einkommen erzielen können, jeder, der Leistung entgegennimmt, muss auch zu einer zumutbaren Gegenleistung bereit sein, „der Sozialstaat muss den Schwachen helfen und darf nicht von den Findigen und Faulen ausgenutzt werden“, Bürgergeld, Lösungsansatz für ein einfaches, transparentes und dadurch gerechtes Sozialsystem, in dem alle Leistungen bedürftigkeitsgeprüft gewährt werden.

## **Ausgestaltung der Leistungen und Finanzierung**

### **Modell Emmler/Poreski (Grüne):**

Negative Einkommenssteuer, keine Bedürftigkeitsprüfung, Flattax (50%, effektiv erheblich darunter, da Grundsicherung und keine Sozialversicherungsbeiträge) auf alle Einkommen, Leistungen zwischen 400 und 700 Euro, Grundeinkommen (500 Euro für alle älter als 18 Jahre, für Kinder 400 Euro) bedingungslos, weitere Leistungen wie Wohngeld nach Bedürftigkeit, Einbindung in andere Maßnahmen für Kinderbetreuung und Arbeitsmarkt, Anpassung an Nettoeinkommensentwicklung, Krankenversicherung für alle, Finanzierung aus Steuereinnahmen, freie Wahl für alle, Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung bleibt erhalten. Evtl. schrittweise Absenkung der Arbeitgeberbeiträge durch stärkere Konsumbesteuerung, Anreize für Arbeitsaufnahme höher, da verbesserte Zugverdienstmöglichkeiten, Abbau von Bürokratie

### **Althaus (CDU):**

Bedingungsloses Grundeinkommen für alle Erwachsenen ab 18 Jahren von 600 Euro im Monat, darunter Kinderbürgergeld von 300 Euro, ab 67 Jahren gibt es eine Bürgergeldrente, auf max. 1200 Euro begrenzt, aus 600 Euro Bürgergeld und 600 Euro Zusatzrente, die sich an der vorherigen Erwerbstätigkeit orientiert. Ergänzt wird das Bürgergeld durch eine Gesundheits- und Pflegeprämie von 200 Euro, weitere Leistungen für Bürger in besonderen Lebenslagen können zusätzlich beantragt werden, Arbeitgeber zahlen insgesamt eine Lohnsummensteuer von 10 bis 12 %, die Lohnzusatzkosten für Arbeitgeber halbieren sich, die für Arbeitnehmer entfallen ganz, die Einkommenssteuer von 50% unter 1600 Euro wird mit dem Bürgergeld verrechnet, mit jedem Euro zusätzlichen Einkommen von 1 Euro sinkt das Bürgergeld um 50 Cent, über 1600 Euro halbiert sich das Bürgergeld auf 400 Euro (mit

## Kurzvergleich Grundeinkommensmodelle, LAK Wirtschaft und Finanzen, 21.09.2007

Gesundheitsprämie), dann beträgt der Steuersatz 25% und es entsteht eine positive Steuerschuld, unter 1600 Euro ist die Steuerschuld negativ, da ja das Bürgergeld gegengerechnet wird. Finanzierungslücke von ca. 200 Mrd. Euro.

### **Götz Werner:**

Langfristig soll die Höhe des Grundeinkommens für jeden Bürger 1200 Euro betragen. Das Grundeinkommen, die Sozialabgaben und alle bisherigen Steuern werden über eine Konsumsteuer finanziert. Da alle Kosten der Produktion auch schon bisher in die Preise einfließen, dürfte sich laut der Rechnung von Götz W. Werner wenig an der tatsächlichen Kostenbelastung ändern. Problematisch ist, dass der Vorschlag nicht EU-konform ist, da die EU einen Mehrwertsteuer-Korridor von 16-25 Prozent festgeschrieben hat. Eine nationalstaatliche Einführung ist nicht möglich, da sich die Preisrelationen zwischen den Staaten im EU-Binnenmarkt erheblich verändern würden. Das Modell könnte als Blaupause zur Finanzierung eines europaweiten Grundeinkommens dienen.

### **BDKJ:**

Keine Bedürftigkeitsprüfung, Nachweis von 500 Stunden Arbeit pro Jahr in Familie, Erwerbsarbeit, Bildung oder freiwilligem Engagement, soziokulturelles Existenzminimum (2004: 600 Euro), für alle die seit mindestens 8 Jahren ihren Hauptwohnsitz in der BRD haben, Abrechnung über negative Einkommenssteuer, bei Anrechnungsfaktor 40% und Grenzsteuersatz 53%, Finanzierung über Steuern auf alle Einkommensarten und Wertschöpfungsabgabe und mit steigenden Ökosteuern  
Weitere begleitende Maßnahmen für Bildung, Krankenversicherung für alle und Reduzierung der Arbeitszeiten.

### **FDP:**

Ermittlung aufgrund bestimmter Leistungsbedarfe: pauschale Sicherung, Unterkunft und Heizung, Kranken- und Pflegeversicherung, Ausgleich bei Nichterwerbstätigkeit, Ausbildung, Behinderung und Erkrankung, Erhaltung der Sozialhilfe für Sonderfälle, Berücksichtigung des Einkommens und Vermögens oberhalb bestimmter Freibeträge und Unterhaltsansprüche innerhalb der Bedarfsgemeinschaft, Nachweis durch Bedürftigkeitsprüfung, mehr Hinzuverdienstmöglichkeiten, Bezug des Freibetrags auf das Nettoerwerbseinkommen (40% bei Erwerbseinkommen bis 600 Euro, 20% bis 1200 Euro, danach 10%) , bis 30% Kürzung bei Nichtaufnahme angebotener Arbeit, Auszahlung des Bürgergeldes durch den Arbeitgeber, Eintrag auf der Lohnsteuerkarte, negative Einkommenssteuer, begleitende Maßnahmen zur Privatisierung der Krankenversicherung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Verbindung von Sozial- und Steuersystem